



NACHGEFRAGT

Körperverletzung, Ladendiebstahl und häusliche Gewalt in Krise



► PAUL KEMEN
Sprecher der
Polizei Aachen

Aachen. Paul Kemen macht keinen Hehl daraus: Eigentlich hätten auch die Ordnungshüter damit gerechnet, dass sich die heftigen Turbulenzen in der Wirtschaft mit Sicherheit auch in ihrer Einsatzstatistik merklich niederschlagen, gibt der 51-jährige Hauptkommissar freimütig zu. Weit gefehlt – glücklicherweise (noch) nicht, wie der Sprecher des Aachener Polizeipräsidenten Klaus Oelze zufrieden anfügt.

Gibt es mehr Familienstreitigkeiten, weil der kurzarbeitende oder arbeitslose oder frustrierte Vater zu Hause miese Stimmung macht und Angehörige schlägt? Gilt dies

eventuell auch für Diebstähle, weil die Haushaltskasse fast leer geworden ist?

Kemen: Körperverletzungen, Ladendiebstähle oder häusliche Gewalt sind tatsächlich die Themen, die in solchen Zusammenhängen gesehen werden können: Wenn die Not am größten ist, kann man sich diese Delikte am ehesten vorstellen. Allerdings wären seriöse, an Zahlen orientierte Aussagen nur möglich, wenn wir jede Straftat, die in dieses Muster passt, analysieren, um zu dem Schluss zu kommen, sie hat mit der Krise zu tun – oder aber auch nicht.

Im Übrigen: Gäbe es einen direkten Zusammenhang, hätten wir im Umkehrschluss nichts zu tun, wenn die Konjunktur blüht.

Können Sie Trends erkennen?
Kemen: An den Vergleichszahlen der ersten Quartale von 2008 und 2009 können wir augenscheinlich keinen Zusammen-

hang zwischen Krise und Kriminalität erkennen. Rücksprachen mit den Kommissariatsleitern,

AZ-SERIE Die Krise zieht Kreise



die diese Delikte bearbeiten, untermauern dies. Wir beobachten sogar, dass die Fallzahlen dieser Delikte momentan rückläufig sind. Wir haben noch keine Erklärung dafür.

Nennen Sie bitte einige Zahlen.
Kemen: Wir sind vom NRW-Innenministerium gehalten, keine „Wasserstandsmeldungen“ zwi-

schzeitlich abzugeben. Wir tun das auch nicht, da das Jahr sehr unterschiedliche Phasen hat. Bei den Straftaten gibt es ein Auf und Ab, so dass verminderte oder erhöhte Zahlen über den Kriminalitäts-Level im Jahreschnitt hinwegtäuschen.

Erläutern Sie ein Beispiel.
Kemen: Einbruchsaison ist die dunkle Jahreszeit. Da gehen die Zahlen sprunghaft nach oben, zeigt die Erfahrung. Deswegen ziehen wir kein Zwischenfazit – nach außen nicht, wohl aber nach innen: Denn wir müssen wissen, wo wir „reingehen“ müssen. Ob und wie die Zahlen steigen: Intern ist solch ein Barometer wichtig.

Wo schlägt im Moment das Barometer nach oben aus?
Kemen: In Alsdorf hatten wir eine Häufung von Fällen mit Körperverletzung und Spielhallenrauben. Deswegen haben wir

dort einen Einsatzschwerpunkt. Inzwischen ebbt die Zahlen wieder ab – unsere Arbeit zeigt Erfolge. Dennoch werden wir weitere Aktionen fahren – auch mit Beamten in Zivil.

Und wo sinkt das Barometer?
Kemen: Zu einem Aspekt kann ich doch konkrete Zahlen nennen – bei einem Delikt, wo man annehmen könnte, dass es mehr Einsätze gibt, wenn es den Leuten dreckig geht: bei häuslicher Gewalt. In Stadt und Kreis Aachen sanken die Zahlen von Januar 2008 im Vergleich zu Januar 2009 von 35 auf 18 Fälle, im Vergleich der Februar-Monate von 42 auf 33 und der März-Monate sogar von 57 auf 33.

Wie sieht der generelle Trend der Kriminalitätsentwicklung aus?
Kemen: Unabhängig von der Konjunktur registrieren wir seit langem eine – wenn auch langsam – steigende Tendenz. (-b-)

KURZ NOTIERT

Handel von Aachen bis Köln rückt zusammen

Aachen/Köln. Die Fusion ist perfekt: Aus den bisher getrennten Einzelhandels- und Dienstleistungsverbänden Aachen-Düren und Köln wird der Einzelhandels- und Dienstleistungsverband Aachen-Düren-Köln (EHDV). Das haben die Beiräte auf ihren gemeinsamen Sitzungen einstimmig beschlossen. Die Verbände gehen rückwirkend zum 1. Januar die Fusion ein und erhöhen die Mitgliederzahl auf rund 2300. Weil die Geschäftsstellen in Aachen, Düren und Köln erhalten bleiben, wird niemand der zwölf Mitarbeiter entlassen. Den Vorsitz des Präsidiums hat Jörg Hamel, zuvor stellvertretender Vorsitzender des EHDV Aachen-Düren. Stellvertreter werden Herbert Sütterlin, zuvor Vorsitzender des EHDV Aachen-Düren und Gerd-Kurt Schwierien, zuvor Vorsitzender des EHDV Köln. Hauptgeschäftsführer ist Manfred Piana. (ZVA)

Subventionsadresse wird veröffentlicht

Berlin. Deutschland lenkt ein: Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner will nun doch die Empfänger europäischer Agrarsubventionen veröffentlichen. Die EU-Zahlungen sollten Mitte Juni bekanntgegeben werden, sagte Agrarstaatssekretär Gert Lindemann am Freitag in Berlin. Darauf hätten sich Bund und Länder geeinigt. „Für uns war es von Anfang an wichtig, eine bundeseinheitliche Lösung zu finden.“ Dabei sollen nicht nur die Namen im Internet veröffentlicht werden, sondern auch der Grund der Zahlungen der Europäischen Union erkennbar sein. Deutschland hatte die Angaben als einziges EU-Land nicht fristgerecht bis 30. April veröffentlicht. (dpa)

Preisunterschiede beim Musik-Download

Düsseldorf. Wer aktuelle Musikhits aus dem Internet herunterlädt, kann bei einem Preisvergleich viel Geld sparen. Beim Test von sechs großen Anbietern zeigten sich Preisunterschiede beim Download von mehr als 70 Prozent, wie die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen am Freitag in Düsseldorf mitteilte. Für das Paket der Top-10-Singles reichte die Spanne demnach von 8,40 Euro bis 13,60 Euro. Für die zehn meist verkauften Alben lag der niedrigste Preis bei 69,84 Euro. Der teuerste Anbieter verlangte 122,90 Euro. Die Verbraucherschützer rieten den Online-Kunden zudem, auf das angebotene Dateiformat zu achten. (afp)

GM-Pleite rückt immer näher

Der Nervenkrieg um Opel legt einen Gang zu. Die Händler einigen sich auf ein Beteiligungsmodell. Deutscher Treuhand-Plan stößt in USA auf Kritik.

Frankfurt. Der Nervenkrieg um die Rettung des Autobauers Opel eskaliert. In den USA zeichnet sich immer mehr ab, dass der Opel-Mutterkonzern General Motors (GM) zum Monatsende in die Insolvenz geht. In Berlin schloss Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg auch eine Insolvenz von Opel nicht aus, wenn mögliche Investoren für den europäischen GM-Konzernteil bis zum kommenden Mittwoch kein tragfähiges Konzept vorlegten. Bei den harten Verhandlungen um eine Lösung will das Kanzleramt nun die Zügel stärker in die Hand nehmen. Kommende Woche soll eine Delegation nach Washington reisen.

Das von Guttenberg als Übergangslösung vorgeschlagene Treuhand-Modell findet zwar Unterstützung aus der deutschen Politik, stößt aber Medienberichten zufolge in den USA auf Widerstand. Der Autoexperte Ferdinand Dudenhöffer hält das Modell sogar für völlig unrealistisch. „Ich sehe null Chancen darauf, dass General Motors und die US-Regierung zustimmen“, sagte Dudenhöffer. Es werde verlangt, dass GM einen Teil seines Vermögens abtreibe und Gläubiger im Falle der erwarteten GM-Insolvenz auf Mitsprache-

rechte verzichteten, ohne einen Dollar dafür zu bekommen.

Stattdessen solle der Bund General Motors besser einen Teil des Europa-Geschäfts für drei bis vier Milliarden Euro abkaufen, sagte Dudenhöffer. Dies sei eine einfachere und schnellere Lösung.

Die Bundesregierung wollte sich nicht zu angeblichen Vorhalten der US-Regierung gegen das Treuhand-Modell äußern. Das Modell sei mit der US-Seite besprochen worden, sagte der Vize-Regierungssprecher Thomas Steg. In der derzeit sensiblen Phase werde man aber keine Zwischenstände über Verhandlungen oder „spekulative Betrachtungen“ abgeben. Auch ein GM-Konzernsprecher in Detroit wollte sich auf Anfrage nicht äußern. Die Bundesregierung will Opel mit dem Treuhand-Modell mehr Zeit für Verhandlungen mit Investoren geben - vorausgesetzt, mindestens ein Interessent legt bis zum 20. Mai ein tragfähiges Konzept vor.

Die europäischen Opel-Händler wollen unterdessen nach Angaben des Vizepräsidenten der Händlervereinigung Euroda, Albert Still, zur Rettung von Opel einen Firmenanteil von 10 bis 15 Prozent erwerben. Sprecher des Verbandes der rund 4000 Opel- und Vaux-



Noch weht die US-Flagge vor der GM-Zentrale in Detroit: Aber nach Expertenmeinung schlittert der einst größte Autokonzern der Welt schon bald auf eine Insolvenz zu. Foto: dpa

hall-Händler bekräftigten, dass sie mit Hilfe einer Abgabe von 150 Euro je verkauftem Wagen in den kommenden drei Jahren bis zu 500 Millionen Euro aufbringen könnten, um Opel vor der Pleite zu retten. Dafür fordern sie Mitspracherechte und einen Sitz im

Opel-Aufsichtsrat. Unterdessen steht General Motors einem Zeitungsbericht zufolge vor einer Einigung mit der Gewerkschaft. Nach den Plänen sollen die Lohnkosten für GM-Schichtarbeiter in den USA um mehr als eine Milliarde Dollar pro

Jahr gekürzt werden, berichtete das „Wall Street Journal“ unter Berufung auf Verhandlungskreise. Eine noch größere Hürde ist für GM der ungelöste Streit mit Tausenden von Gläubigern, bei denen GM mit rund 27 Milliarden Dollar in der Kreide steht. (dpa)

Heftige Kritik an Martin Blessing

Laute Commerzbank-Hauptversammlung. „Kapitalvernichter ersten Grades“.

Frankfurt. Mit zum Teil heftiger persönlicher Kritik haben Aktionäre der Commerzbank-Chef Martin Blessing am Freitag auf der Hauptversammlung bedacht. Vor allem durch den vom ihm verantworteten Kauf der Dresdner Bank habe sich die Commerzbank innerhalb eines Jahres von der Nummer zwei in Deutschland zu einem Sanierungsfall entwickelt, hielt Klaus Nieding, Sprecher der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) Blessing vor. „Der Kauf der Dresdner Bank ist die Ursache für die Misere“. Andere Sprecher nannten den Bank-Chef einen „Kapitalvernichter ersten Grades“.

Vom Einstieg des Staates sind die Aktionäre der Commerzbank wenig angetan, aber sie halten den Schritt angesichts der schwierigen Lage der Bank offenbar für unverzichtbar.

Blessing musste jedenfalls auf der Hauptversammlung am Freitag in Frankfurt auf Applaus verzichten, als er nachdrücklich um

den Einstieg des Staates warb. Die Beteiligung des Bundes mit 18,2 Milliarden Euro und 25 Prozent plus eine Aktie „halten wir für dringend erforderlich, um den nachhaltigen Erfolg abzusichern und die Commerzbank für alle Unwägbarkeiten wetterfest zu machen.“

Nur schwache Präsenz

Trotz der schwierigen Lage der Bank und des zur Abstimmung stehenden Staatseinstiegs war die Präsenz bei der Hauptversammlung mit 38,9 Prozent des Kapitals niedriger als im vergangenen Jahr. Während der Rede von Blessing gab es nur einmal hörbaren Applaus als dieser eigene Fehler und Versäumnisse einräumte. „Viele in unserer Zunft haben das vernachlässigt, was unsere Kernkompetenz sein sollte: die sorgfältige Prüfung der Kreditwürdigkeit“.

Aktionäre sprachen von einem „katastrophalen Jahr“ für die Bank. Die Übernahme der Dresd-

ner Bank sei einer der größten Fehler in der Geschichte der Commerzbank gewesen, hielt Nieding dem Vorstandschef vor. Er befürchtet, dass die Übernahme am Ende doch nur in Massenentlassungen mündet und die Aktionäre noch jahrelang draufzahlen. „Sie verschleudern unser Geld“. Andere Anteilseigner warfen Blessing Größenwahn und Blindheit vor. Offenbar seien die Bücher der Dresdner Bank nicht genau genug geprüft worden.

Die DSW und andere Aktionäre verlangten, die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat zu vertagen. Davor soll eine Sonderprüfung genaue Einblicke in die Umstände zur Übernahme der Dresdner Bank geben.

Angesichts der niedrigen Präsenz auf der Hauptversammlung und der beiden Großaktionäre Allianz – die Versicherung hält knapp 19 Prozent – und von Generali mit gut sechs Prozent galt die Zustimmung zum Einstieg des Bundes als sicher. (R.O.)



Die neue Community für den Raum Aachen, Heinsberg und Düren ...